

Haushaltsrede 2015

Nürtingen, den 3. März 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

Haushaltssituation 2015

Die Umstellung des Haushaltplans von der kameralistischen auf die doppische Darstellung brauchte Grips und Zeit. Wir bedanken uns bei der Stadtkämmerei und allen weiteren beteiligten Ämtern für die geleistete Arbeit. Ein Bestseller ist die neue Darstellung noch nicht. Auch wir müssen viel Grips und Zeit aufwenden, um die vorgelegten 482 Seiten zu verstehen. Innerhalb der Kürze der Zeit war uns dies nicht mal ansatzweise möglich.

Das erwartete Steueraufkommen in 2015 ist nach den Rekordeinnahmen von 2014 das zweithöchste Ergebnis der Stadtgeschichte. Ein Anlass zum Himmelhochjauchzen? Leider nein, denn im Gleichschritt sind auch die Ausgaben auf Rekordhöhe gewachsen. Das teure IMAKA Gutachten vom Jahr 2013 mit Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung hat keine Spuren hinterlassen. Ein sinnvolles Wirtschaften mit Geld und Ressourcen muss weiterhin unser Ziel sein. Wir haben keine Retter in Brüssel, die uns aus der Klemme helfen.

Zur Finanzierung der Investitionen von 12 Millionen ist eine Kreditaufnahme von 843.000 Euro erforderlich. Der Oberbürgermeister ist zuversichtlich, dass dieser Kredit letztendlich nicht benötigt wird. Der Schuldenstand zum Jahresende würde dann 12 Millionen betragen und nicht 24 Millionen – wie noch vor zwei Jahren im Haushalt drohend ausgewiesen.

Prüfungsamt kritisiert die Abweichungen bei den Haushaltsansätzen

Wir haben letztes Jahr ohne Erfolg die **Überprüfung der Haushaltsansätze 2014** der Verwaltungs- und Betriebsausgaben beantragt, weil uns die Ansätze für 2013 und 2014 zu hoch erschienen. Unsere Vermutung wurde nun durch den Prüfungsbericht der Revisionsabteilung bestätigt. Der Bericht kritisiert die hohe Abweichung von 1,8 Millionen zwischen Plan- und Rechnungsergebnis in 2013. Die Prüfung des Jahres 2014 steht noch aus. Wir hoffen, dass der doppische Haushalt künftig realistische Haushaltsansätze enthält. Nur so ist ein zutreffendes Controlling möglich und der Finanzchef ist gezwungen, mit der roten Fahne zu winken, wenn das Geld nicht reicht und eine Nachfinanzierung erforderlich wird.

Investitionsprogramm 2014 bis 2018

Ab 2015 muss die mittelfristige Finanzplanung vom Gemeinderat beschlossen werden. Über die Kostenansätze und die Priorisierung der aufgeführten Investitionen wird in den kommenden Wochen sicher noch heftigst gerungen werden, um die drohende Verschuldung zu minimieren. Es geht um das Abspecken, Verschieben und Entrümpeln mancher Haushaltsansätze. Dabei wurde sichtbar, dass in der Vergangenheit bereits viel Geld und Zeit in Projekte investiert wurden, die nun auf die lange Bank geschoben werden.

Höchste Schlüsselzuweisung in der Region

Die Verwaltung weist beständig darauf hin, dass Nürtingen eine steuerschwache Stadt ist. Dies ist eine Tatsache und beruht auf der Geographie und Topografie unserer 7-Hügel-Stadt mit engen Flusstälern und wenig Freiflächen. Zudem sind wir eine überregionale Schul- und Hochschulstadt. Damit steuerschwache Städte ihre Verwaltungsaufgaben dennoch erfüllen können, gibt es einen kommunalen Finanzausgleich zwischen reichen und armen Gemeinden. Nürtingen erhält in 2015 mit 16,1 Millionen die höchste Schlüsselzuweisung von sämtlichen großen Kreisstädten in der Region.

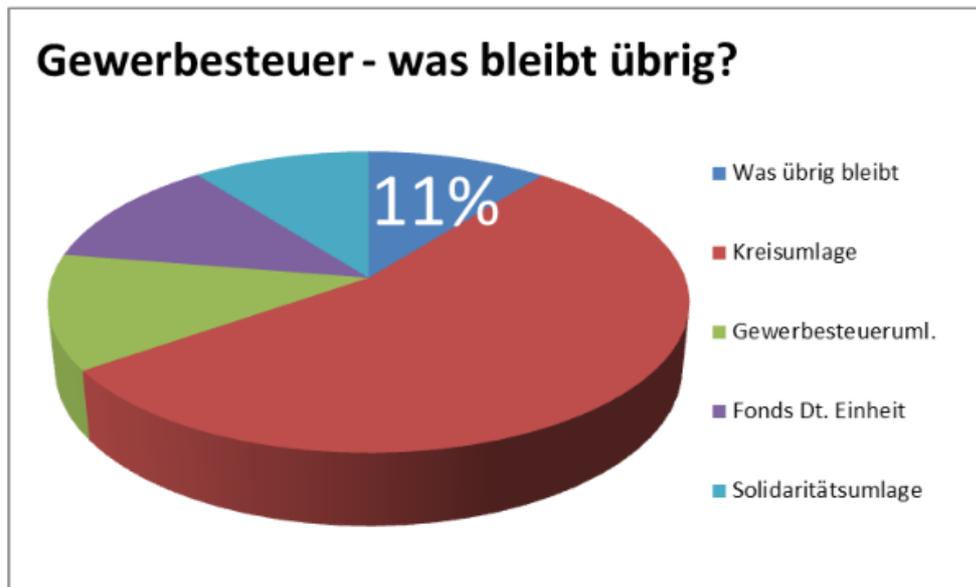
Das Wunder von Monheim

Dass höhere Gewerbesteuereinnahmen nicht nur durch Hebesatzerhöhungen, sondern auch durch Hebesatzsenkungen erzielt werden können, zeigt die Vorgehensweise der Stadt Monheim am Rhein. Dort wurde in 2009 der Gewerbesteuerhebesatz von bisher 435 Punkten auf 300 Punkte gesenkt und in 2014 nochmals auf 285 Punkte. **Die Gewerbesteuereinnahmen explodierten förmlich von 19 Millionen in 2009 auf 215 Millionen in 2015.** Mein Kollege Reinmar Wipper informierte völlig wertfrei die Gemeinderäte und die Verwaltung über den in der „Welt“ erschienenen Pressebericht. Einige Stadträte reagierten umgehend mit Zurechtweisungen unserer Fraktion, weil wir bisher eine vergleichbare Steuerexplosion verhindert hätten. Auch der Kämmerer haut in seinem Schlusswort zum Haushalt in diese Kerbe und unterscheidet den Gemeinderat in gute und schlechte Mitglieder. Er lobt, **„dass es in Monheim der Bürgermeister geschafft hat, mit einer Mehrheit von aufgeschlossenen, in die Zukunft gerichteten Stadträten ansiedlungsinteressierte Unternehmen in die Stadt zu holen und sich die Minderheiten-Opposition den Mehrheitsideen fügt“.**

Wir haben uns über das Wunder von Monheim sachkundig gemacht. Die sprudelnden Steuereinnahmen sind nicht durch neue Baugebiete zustande gekommen, sondern beruhen zu einem Viertel auf Zahlungen der bestehenden Betriebe und zu drei Viertel aus dem Zuzug von kleinen gewinnträchtigen Töchtern großer Firmen, die ihre Patent- und Lizenzabteilungen in die Steueroase Monheim verlagert haben. Pecunia non olet! **Ernüchternd ist jedoch der Haushaltsplan. Von den Gewerbesteuereinnahmen von 215 Millionen bleiben nach Abzug von horrenden Umlagen gerade mal 24 Millionen in der Kasse – netto 11 Prozent in der Kasse, bei 215 Millionen Gewerbesteuer.**

Der Haushalt konnte mit Mühe und Not ausgeglichen werden. Aufgrund der Steuerkraft erhält Monheim keine Schlüsselzuweisungen. Die Finanzkraft von Monheim ist schlechter als die von Nürtingen. Die von Herrn Glibber hochgelobten „aufgeschlossenen und zukunftsorientierte Stadträte von Monheim“ tun gut daran, auch auf die Minderheiten-Opposition zu hören. Dazu zählen in Monheim nicht nur die Grünen, sondern auch die CDU, die SPD und die FDP.

Gute Ideen entstehen nicht durch Mehrheiten sondern durch Überzeugung.



Gewerbsteuer: Von 215 Millionen bleiben nur 11 Prozent übrig (23,6 Millionen).

Abb. : Stadt Monheim¹

Einnahmensteigerung durch Wohnungsbau

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist eine wichtige und verbesserungsfähige Einnahmenquelle. In der Schublade der Stadt liegt seit einigen Jahren ein Wohnungsbaupotential von mehreren hundert Wohneinheiten. Leider gab es bisher bei der Umsetzung große Verzögerungen aufgrund von Rechtsfragen, z. B. bei den 205 Wohneinheiten (WE) im Gänlesgrund, den 73 WE und 102 Pflegeheimbetten auf dem Reich-Gelände, den 50 WE auf dem Oelkruggelände, den 140 WE auf dem Psychiatriegelände und den ca. 70 WE auf dem Wörth-Gelände. Zusätzlich gibt es noch eine Reserve von 645 unbebauten Grundstücken aus dem Baulückenkataster. Die Weichen für eine Erhöhung der Einwohnerzahl und damit auch einer Steigerung der Einkommensteueranteile stehen auf Grün. Eine schnelle Umsetzung ist erwünscht.

¹ Haushaltsrede 2015 der Kämmerin Sabine Noll, S. 9; abgerufen am 02.03.2015 von http://www.monheim.de/fileadmin/user_upload/Media/Dokumente/Rathaus/Finanzen/Haushalt_2015/Haushaltsrede_2015_K%C3%A4mmerin_Sabine_Noll.pdf

Unsere Fraktion hat nach wie vor Vorbehalte gegen ein paar Wohnungen auf dem Wörth-Gelände, die bei dem großen Wohnungsbaupotential nicht ins Gewicht fallen dürften. Bei der angekündigten Umplanung der Wörth-Bebauung sollte deshalb die Gesamtzahl reduziert werden, um dadurch den Wünschen der Bürger auf mehr Grün und der Erlebbarkeit des Neckars zu entsprechen.

Allerdings brauchen nicht nur finanziell gut Betuchte Wohnraum, sondern auch finanziell schwächere Interessenten. Bereits vor acht Jahren haben wir auf die innerstädtischen Potentiale der östlichen Bahnstadt und des Greiner-Areals aufmerksam gemacht. Die beiden Flächen eignen sich bestens für eine verdichtete Wohnbebauung unter sozialen Gesichtspunkten. Sie sind innenstadtnah und verkehrsgünstig gelegen mit einem hohen Erlebniswert (Galgenberg). Wir hoffen, dass die Wohnbebauung einer der Schwerpunkte dieser Flächen wird. Um die Planung zu beschleunigen, sollte die Stadt den Firmen BayWa und Greiner Tauschflächen auf dem Großen Forst anbieten.

Aktuelle Schwerpunkte in 2015

Bildungspolitik

Ein vordringliches Problem ist die Entscheidung über die Bildungspolitik. Die aktuellen Anmeldezahlen für die verschiedenen weiterführenden Schulen zwingen zum Handeln. Die Stadt muss sich darauf einstellen, dass die Entscheidung über eine Gemeinschaftsschule eventuell schneller fällt als gedacht. Nürtingen kann sich als Schulstadt die Entscheidung nicht von den Umlandgemeinden aus der Hand nehmen lassen. Sonst besteht die Gefahr des Leerstandes von Schulgebäuden und einer Abnahme der Einwohnerzahlen, weil die Eltern sich am Schulort des Kindes orientieren.

Flüchtlingspolitik

Wegen der grausamen Kriege im Nahen Osten muss auch Nürtingen immer mehr Flüchtlinge aufnehmen. Wir nehmen diese Menschen gerne auf und stellen uns unserer sozialen und humanitären Verantwortung. Allerdings lehnen wir Massenunterkünfte wie im Containerdorf an der Berufsschule ab. Eine gute Integration gelingt in kleinen Einrichtungen besser. Dort können dann auch die ehrenamtlichen Helfer besser mit der Situation umgehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Kriegsflüchtlinge auf das gesamte Stadtgebiet verteilt werden. Kein Stadtteil darf übefordert werden, aber gleichzeitig soll sich auch jeder Stadtteil verantwortungsvoll und solidarisch einbringen. Nur gemeinsam können wir diese Aufgabe lösen. Deshalb fordern wir auch hiermit den Ortschaftsrat Zizishausen auf, sich von seinem Bauhof zu trennen und das Gelände für ein Flüchtlingshaus bereit zu stellen. Wer beim Hochwasserschutz zu recht Solidarität erwartet, der sollte auch bei diesem Flüchtlingsthema solidarisch vorgehen.

Bahnparallele Plochinger Straße

Auf dem östlichen Bahngelände lehnen wir die vom Büro Kölz vehement geforderte bahnparallele Plochinger Straße ab. Diese teure Maßnahme zerschneidet das kostbare Gelände und bringt mehr Durchgangsverkehr als bisher in die Plochinger und Neuffener Straße. Es hat negative verkehrliche Auswirkungen für die gesamte Kirchheimer Vorstadt. Ziel der Planung muss es sein, ein urbanes Stadtgebiet zu schaffen und die Verbindung zwischen den Wohngebieten Säer und Kissling zur Innenstadt und zu den Schulen zu verbessern. Wir verweisen hierzu auf die ausbaufähigen Entwürfe der Studenten der HfWU.

Innenstadtentwicklung

Die Nürtinger Einzelhändler schlagen Alarm, weil die Stadt zu wenig für sie tut (vgl. NtZ. vom 21.02.2015). Es drohe große Gefahr durch den Online-Handel. Kritisiert wird das Kopfsteinpflaster, das teure Parken, die mangelhafte Kommunikation zwischen Einzelhändler und Verwaltung, die fehlende Unterstützung der Gastronomie und die fehlende Integration des Marktplatzes in das Geschäftsleben. Zahlreiche, aber nicht alle Punkte finden unsere Zustimmung. Wir wollen mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, eine öffentliche Toilette, die Sauberhaltung der Bahnunterführungen, Verbilligung der Bustickets in die Innenstadt, wie z. B. eine Bezuschussung von Vierertickets, geringere Platzgebühren für die Außengastronomie, ein neues Konzept für das Anwohnerparken, die Ausweitung der Fußgängerzone. Die Zeit drängt! Mit der Neupflasterung der Fußgängerzone in den kommenden Jahren ist es nicht getan. Wir erwarten dringend konstruktive Vorschläge des Amtes für Stadtmarketing, Wirtschaft und Tourismus und des City-Marketings, wie der Wohlfühlwert in der Innenstadt für Bewohner und Besucher verbessert werden kann.

Nachteile bringt auch die vom Regierungspräsidium Tübingen erteilte Genehmigung zur Erweiterung des Metzinger Factory Outlets Centers von 22.000 auf 40.000 Quadratmeter. Die Nürtinger Einzelhändler werden nicht nur durch Metzingen bedroht, sondern auch durch die neuen Geschäftsflächen von 70.000 qm in der Stuttgarter Innenstadt und auf dem Gelände von Stuttgart 21. Ein Investor wird sich eine Ansiedlung in Nürtingen auf dem Busbahnhof- oder Bahnhofgelände gründlich überlegen.

Gestaltungsbeirat

Wie geht es weiter mit dem Gestaltungsbeirat? Diese Frage haben wir schon mehrfach an die Verwaltung gestellt. Auch im abgelaufenen Jahr wurde dieser Beirat fast zur Untätigkeit verurteilt. Wir haben eine Menge gestalterischer Probleme. Es fehlt nach wie vor der Wille und die Einsicht fremden Rat anzunehmen. Die nächste Sitzung soll am 23. April sein. Man darf gespannt sein, welche Projekte beraten werden.

Wörth-Bebauung

Wer wissen will, wie und wann es mit der Bebauung des Wörth-Areals weiter geht, muss seit Ende des letzten Jahres nun zwei Investoren befragen. Die beiden Wettbewerbssieger HKPE Hofkammer und Siedlungsbau-Genossenschaft haben sich die Fläche geteilt und gehen beim Bau und der Vermarktung künftig getrennte Wege. Der bisherige Siegerentwurf muss umgeplant werden. Der Geschäftsführer der Siedlungsbau räumt ein, dass sich die Entwürfe künftig architektonisch unterscheiden können. Sehr wichtig erscheint ihm offensichtlich der ergänzende Hinweis, dass die Umplanung keine negativen Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der Projekte habe. Die vorgenannte Information erhielten die Gemeinderäte nicht von der Verwaltung, sondern über Pressemitteilungen. Diese Vorgehensweise und Heimlichtuerei befremdet uns. Wir sehen in der Umplanung einen Verstoß gegen die Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses und den Bebauungsplan und wollen dies rechtlich geprüft haben.

Umsetzung des Radwegkonzeptes

Vor mehreren Jahren wurde in Nürtingen ein Radwegkonzept beschlossen. Passiert ist wenig. Das Engagement der Stadt zur Förderung des Radverkehrs ist gering. Positives gibt es von Filderstadt und Kirchheim zu berichten, wie eine Umfrage des ADFC-Fahrradklima-Tests 2014 ergab. Die Stadt Filderstadt belegte den ersten Platz von insgesamt 41 vergleichbar großen Städten in Baden-Württemberg, die Stadt Kirchheim landete auf dem dritten Platz. Nürtingen wurde mangels Beteiligung nicht bewertet. Wir beantragen, dass das Radwegkonzept wieder auf die Tagesordnung kommt.

Mit diesen abschließenden Stellungnahmen möchte ich meine Haushaltsrede beenden. Diese wird ergänzt durch nachstehende Haushaltsanträge.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Dieter Braunmüller
Fraktionsvorsitzender Nürtinger Liste / Grüne

Haushaltsanträge 2015

1. Wir beantragen eine rechtliche Klärung, ob die vom Investor auf dem Wörth-Gelände durchgeführte Umplanung der ursprünglichen Wettbewerbsauslobung und dem Bebauungsplan widerspricht.
2. Wir beantragen die Akteneinsicht in den Pachtvertrag des Melchior-Biergartens. Diese liegt offensichtlich der Presse vor, aber nicht dem Gemeinderat.
3. Wir beantragen, dass das Radwegkonzept auf die Tagesordnung der Verkehrsschau und des Bauausschusses kommt.
4. Wir beantragen eine Auflistung von sämtlichen erledigten und nicht erledigten Tagesordnungspunkten des Gestaltungsbeirates.
5. Wir beantragen eine Ausweisung von Flächen für die Anlage von Schrebergärten, da es hierfür eine Warteliste von mehreren hundert Anwärtern gibt.
6. Wir beantragen eine Bezuschussung der innerstädtischen Busfahrten, z.B. durch einen verbilligten Erwerb von Viererkarten, um die Bürgerinnen und Bürger zum Umsteigen auf den ÖPNV zu bewegen.
7. Wir beantragen eine Reduzierung der Platzgebühren für die Außenbewirtschaftung im Stadtgebiet. Für die Belegung der Innenstadt ist eine Außengastronomie unverzichtbar.
8. Wir beantragen die Streichung des Haushaltsansatzes von 50.000 Euro für die externe Erstellung eines Tourismuskonzeptes. Das Tourismuskonzept soll stattdessen vom Amt für Stadtmarketing, Wirtschaft und Tourismus und des City-Marketing-Vereins erstellt werden.
9. Wir beantragen, dass der Familienpass nicht nur für Kinder und Jugendliche gilt, sondern auch auf Erwachsene ausgedehnt wird, die Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld oder Wohngeld beziehen.
10. Wir beantragen, dass mit den im GWN-Wirtschaftsplan unter Nr. 46 ausgewiesenen Maßnahmen „Amokvorkehrungen wie Türknauf und Durchsageanlagen“ bereits in 2015 begonnen wird (Kostenansatz EUR 50.000,--)

11. Wir beantragen die Ausdehnung der Fußgängerzone in die Trauben- und Strohstraße mit der Möglichkeit, dass weiterhin Bewohner, Lieferanten, Handwerker, Pflegedienste und Rettungsfahrzeuge die Straßen befahren dürfen. Die bestehenden sechs Parkplätze sollen als Anwohnerparkplätze ausgewiesen werden.
12. Wir beantragen, dass vor dem Ausbau des Bachbettes der Teufelsklinge zunächst die Einleitungserlaubnis für das Abwasser und die finanzielle Beteiligung der Gemeinde Wolfschlugen geklärt wird.
13. Wir beantragen, dass der verbilligte Abendtarif in den städtischen Parkhäusern und dem Europa-Parkhaus bereits ab 17 Uhr gewährt wird.
14. Wir beantragen die Ausweisung eines Benutzerparkplatzes in der Kreuzkirchstraße ausschließlich für Benutzer der Kreuzkirche (Gastronomie, Künstler, Veranstalter).
15. Wir beantragen, dass sich die Stadt um die Einrichtung einer öffentlichen WC-Anlage im Bereich Bahnhof/Busbahnhof kümmert und hierzu die Verkehrsträger als Beteiligte und Mitfinanzierer anspricht. Denkbar wäre ein Standort im südlichen Nebengebäude des Bahnhofes gegenüber dem Postgebäude.